

## GASTBEITRAG

## Schule der Demokratie

In Corona-Zeiten ist digitales Lernen in den Mittelpunkt gerückt. Aber die Wertevermittlung gerät in Gefahr.

Schülerinnen und Schüler, aber auch Kinder in Kitas werden in Corona-Zeiten kaum mit ihren Anliegen gehört und selten beteiligt. Kinder und Jugendliche waren und sind noch immer von den ergriffenen Maßnahmen massiv betroffen. In den Entscheidungsprozessen, die den Lockdown in Deutschland einleitete, wurden sie nicht einbezogen und ihre Bedürfnisse schienen und scheinen nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung zu stehen.

In einer bundesweiten Studie der Stiftungs-Universität Hildesheim und der Universität Frankfurt zu „Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen“ beklagen sich viele Befragte, dass es in dieser Zeit nur darum gegangen sei, Stoff zu lernen. Ihre Expertise und Lösungskompetenz sei nicht wahrgenommen und entsprechend abgerufen worden, und ihre Sorgen und Nöte wurden einfach nicht gesehen.

Die Studie verdeutlicht die Notwendigkeit, den Schüler\*innen subjektorientierte Angebote zu machen, in denen sie sich als Mensch ganzheitlich wahr- und ernstgenommen fühlen können. Mit Bezug auf Grund-, Kinder- und Menschenrechte – die in Deutschland auch während der coronabedingten Einschränkungen weiter gelten – lassen sich Gelegenheitsräume öffnen, die Kinder und Jugendliche nach ihren Erfahrungen, Wünschen und Bedürfnissen zu fragen und ihnen damit ein Stück weit das Vertrauen in die Wertschätzung der zentralen Werte einer demokratischen Gesellschaft zurückzugeben.

Entscheidend ist, ob diese Räume gerade jetzt genutzt werden, um Kinder und Jugendliche in ihrer Expertise wahrzunehmen und sie an der Gestaltung ihres (Schul-)Alltags zu beteiligen – und ob ihnen zugetraut wird, dass sie Verantwortung übernehmen können. Eigentlich selbstverständliche Dinge, zu denen sie auf Grundlage der Kinderrechtskonvention, die seit Oktober 2018 auch in die hessische Landesverfassung aufgenommen und auch in der Schule in Krisenzeiten vollumfänglich weiter gilt, ein Recht haben. Dies droht aus dem Blick zu geraten, wenn Hygienevorschriften über die Köpfe der Schüler\*innen hinweg angewiesen werden und der Schwerpunkt auf die Stoffvermittlung in Einzelsettings gelegt wird.

Aus all dem wird deutlich, dass die zur Verlangsamung der Pandemie getroffenen Maßnahmen eine Herausforderung für die Förderung eines demokratischen (Selbst-)Bewusstseins von Kindern und Jugendlichen dar-

stellen. Einzelne Lehrkräfte haben das erkannt und auch schon während des Lockdowns begonnen, in digitalen und analogen Settings Gelegenheitsräume zu entwickeln, die die Schüler\*innen aktiv einbinden und ihnen ermöglichen, Selbstvertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit (wieder) zu erlangen beziehungsweise sich als handlungskompetent und -fähig zu erleben.

Allerdings sind das eher Ausnahmen. Die zeitweise vollständige Umstellung auf digitales Lernen hat viel Energie gebunden und auch deutlich gemacht, dass Teilhabemöglichkeiten eng an Lebensbedingungen geknüpft sind. Um so notwendiger ist es nun für die Zukunft, über die Stoffvermittlung hinausgehende methodische Zugänge zu wählen, die den Schüler\*innen eine größtmögliche Beteiligung bieten. Sie sollten gerade sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, die die Schließung der Schulen massiv zu spüren bekommen haben, besonders fördern. Die Förderung sozialer und demokratischer Kompetenzen ist für die Zukunft unserer Gesellschaft unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, warum das hessische Kultusministerium sämtliche Fortbildungen mit Ausnahme derjenigen zum digitalen Lernen in die unterrichtsfreie Zeit, also auf die Stunden ab dem späten Nachmittag beziehungsweise den Samstag und Sonntag, verlegt hat. Anscheinend bewirkt die Coronapandemie, dass das digitale Lernen einen ganz hohen Stellenwert erfährt, während das Demokratie lernen zu einem Schatten-dasein verkommen soll.

Dies stimmt uns bedenklich, da die unter dem Eindruck der Anschläge und Morde in Halle und Hanau entstandene Aufmerksamkeit für die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus wieder zu schwinden droht.

In Hessen haben sich 33 Organisationen in einem umfassenden Bündnis „Demokratiebildung nachhaltig gestalten“ zusammengeschlossen. Die Aufgabe der Zivilgesellschaft ist es, gerade nach der Corona-Krise die Notwendigkeit einer umfassenden Demokratiebildung immer wieder einzufordern und auf die langfristige Bereitstellung entsprechender zeitlicher und finanzieller Ressourcen zu drängen.



Christa Kaletsch ist eine der beiden Vorsitzenden beim hessischen Landesverband der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe).



Helmolt Rademacher ist ihr Co-Vorsitzender.

## KOLUMNE

## Plastik und Profit



Mit einer neuen Abgabe auf Plastik soll der Umwelt geholfen werden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat mal wieder etwas dagegen.

Von Manfred Niekisch

Die Idee ist gut, aber sie hätte besser sein können. Das Riesen-Geldpaket, das die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder geschürt haben, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie aufzufangen, muss irgendwie gegenfinanziert werden. Deswegen enthält das Paket auch den Beschluss zu einer Plastikabgabe.

So weit, so gut, selbst wenn die Einnahmen daraus die Ausgaben bei weitem nicht decken. Gleichzeitig soll damit bewirkt werden, dass weniger Plastik in die Umwelt gelangt. Folgerichtig verlautet aus dem Bundesumweltministerium, dass dieses neue Instrument helfen werde, Europa umweltfreundlicher zu machen.

Mit der Abgabe belegt werden sollen Kunststoffverpackungen, die nicht recycelt werden können. Damit könnte Einwegplastik endlich schön teuer werden. Die Mitgliedstaaten der EU würden dadurch motiviert, ihre Recyclingsysteme kräftig auszubauen. Noch mehr, wenn der Beschluss so ergänzt wird, dass er möglichst alle Einwegprodukte aus Plastik erfasst.

Es gibt wohl (oder hoffentlich!) bundesweit keinen Kindergarten mehr, der das Thema Plastik in der Umwelt nicht schon spielerisch und malend behandelt hätte. Schulklassen machen Aufklärungsprojekte, Bürgerinitiativen fischen Plastikmüll aus Landschaft und Gewässern und für die Wissenschaft ist Kunststoff ein wesentlicher Grund, unser Zeitalter Anthropozän zu nennen. Das Zeitalter,

in dem der Mensch die Erde völlig überformt hat, mehr als Erdbeben und andere Naturkatastrophen das je vermocht haben.

Es ist uns sogar gelungen, Mikropartikel in das Gewebe lebender Organismen, darunter Muscheln und Fische, einzuschleusen. Beabsichtigt war das nicht, denn Frutti di mare will der Mensch ja eigentlich genießen, im Risotto oder auf der Pizza.

Kosmetika, Reifenabrieb, Kleiderfasern sind die Quellen, aus denen die schädlichen Mikroteilchen in die Nahrungsketten gelangen. Aber auch aus dem sichtbaren Plastikmüll, der nicht wiederverwertet wird.

Da setzt die neue Abgabe an. Leider nicht ganz am richtigen Ende. Denn als Berechnungsgrundlage sollen die nicht-recycelten Abfälle von Kunststoffverpackungen herhalten. Viel stärkere Lenkungswirkung hätte es, wenn die Zahlung schon fällig würde beim In-Verkehr-Bringen.

Die großen Plastiknutzer Coca-Cola und Nestlé überschwemmen mit ihren Einweg-Getränkflaschen und Kaffeekapseln die Märkte und lassen die Müllberge wachsen. Urns Image bemüht, landen sie und andere Firmen zwar gute Werbegags, leisten aber kaum eine spürbare Entlastung der Umwelt.

Hoffentlich entwickelt das neue System genug Druck auf die Firmen, endlich wegzukommen von diesem ressourcenvergeudenden und umweltschädlichen Einweg-Wahnsinn.

Ohne finanziellen Druck und rechtliche Instrumente scheint es nicht möglich zu sein, dass die einschlägige Industrie sich umstellt. Wie sonst könnte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Joachim Lang, behaupten, diese neue Steuererhöhung sei Gift für Wohlstand und Beschäftigung. Er verwechselt offenbar Wohlstand mit dem Profit einzelner Firmen. Und weiß er noch immer nicht, was Plastik in der Umwelt anrichtet? Wahrscheinlich sind ihm da sogar viele Kindergartenkinder an Wissen voraus.

Manfred Niekisch ist Biologe und ehemaliger Zoodirektor.



## Hier stoppt der Bär

Zwölf Millionen Menschen sollen in Mexiko seit Beginn der Corona-Krise ihre Jobs verloren haben, 370 000 sind an dem Virus erkrankt. Die Menschen, die sich hier in einem Restaurant der Hauptstadt Mexico City eine Pause leisten kön-

nen, gehören sicher nicht dazu. Der dritte „Gast“ am Tisch soll nicht unbedingt für Unterhaltung sorgen, sondern für Abstand. Und diejenigen, die am meisten unter der Krise leiden, bleiben wie so oft praktisch unsichtbar. BEL/BILD: EDGARD GARRIDO / RTR